



Newsletter

Ein Service von www.huethig-jehle-rehm.de

Beihilfevorschriften

Ausgabe 1
Februar 2009

Neues Beihilferecht des Bundes am 14. Februar 2009 in Kraft getreten

Die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen, bei Maßnahmen der Früherkennung von Krankheiten und bei Schutzimpfungen an Beamte, Richter, Ruhestandsbeamte und deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene erfolgte bislang aufgrund der Beihilfevorschriften des Bundes (BhV). Diese Beihilfevorschriften hatten die Rechtsqualität von Verwaltungsvorschriften.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 17. Juni 2004 – 2 C 50.02 – festgestellt, dass die Beihilfevorschriften des Bundes in ihrer gegenwärtigen Fassung als Verwaltungsvorschriften verfassungswidrig sind. Denn sie genügen in dieser Rechtsform nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Gesetzesvorbehalts und sollten deshalb nur noch für eine Übergangszeit in Kraft bleiben. Die Dauer der Übergangszeit wurde durch das Bundesverwaltungsgericht im Lauf der Zeit bis zum Ablauf der gegenwärtigen 16. Legislaturperiode, eingegrenzt.

Die Bundesregierung hat deshalb im Rahmen des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) die Grundlage für den Erlass einer eigenständigen Regelung dieses Rechtsbereichs durch eine Rechtsverordnung erlassen. § 80 BBG enthält aber nicht nur die Ermächtigung zum Erlass einer Bundesbeihilfeverordnung (BBhV). Entsprechend den Vorgaben des BVerwG im o.g. Urteil werden vielmehr auch die Grundlagen einer künftigen Gewährung von Beihilfeleistungen an Beihilfeberechtigte des Bundes beschrieben. Der beihilferechtlich relevante Teil des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) ist am 12. Februar 2009, d. h. am Tag nach der Verkündung im BGBl., in Kraft getreten. Die Bundesbeihilfeverordnung vom 13. Februar 2009 (BGBl. I S. 326) ist mit Wirkung vom 14. Februar 2009 in Kraft getreten.

Aufwendungen, die vor Inkrafttreten der Bundesbeihilfeverordnung entstanden sind, sind aufgrund der Übergangsregelung des § 58 Abs. 1 BBhV nach den Beihilfebestimmungen in der bisher maßgebenden Fassung (GMBI. 2001, S. 919), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verwaltungsvorschrift vom 30. Januar 2004 (GMBI. 2004, S. 379), abzurechnen.

Wolfgang Weigel



Seminartipp

**Interessante Seminarangebote
zum aktuellen Thema
„Beamtenrecht“ finden Sie [hier](#)**



Produktipp



Mildenerger
**Beihilferecht
in Bund, Ländern
und Kommunen**
Praktiker-Kommentar

Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 138,00 zzgl. Aktualisierungen

Dieser Praxis-Kommentar gilt im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten als Standardwerk für das Beihilferecht: Er erläutert Ihnen die aktuelle Rechtsprechung ebenso kenntnisreich und verständlich wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. So werden z.B. die zu beachtenden Besonderheiten des am 1.1.2007 in Kraft getretenen Bayerischen Beihilferechts neu kommentiert. Die übersichtliche Gliederung macht das Werk trotz seiner fast 4.000 Seiten ausgesprochen benutzerfreundlich.

[\[bestellen\]](#)